



Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger

## Welche Demokratie?

**Solange der Volkswille nichts gilt, ist es eine Herrschaft über das Volk.**

Entspannt besuchen Sie ein sehr besonderes Restaurant und gönnen sich ein gutes Essen. Wenn Sie einen Schutzengel haben, bitten Sie ihn zu kommen und Sie an diesem außergewöhnlichen Abend zu begleiten.

Nachdem Sie das Restaurant betreten haben, hören Sie, wie die Tür hinter Ihnen zufällt. Sie gehen hinein und der Maître De begrüßt Sie mit einem liebenswürdigen Lächeln. Er freut sich, Sie wiederzusehen und reicht Ihnen die Hand. Sie sind überrascht, dass er sich an Ihren Namen erinnert. Er führt Sie zu einem vertrauten freundlichen Gesicht an der Garderobe. Das Mädchen lächelt und sagt: „Darf ich Ihnen Ihre Sorgen und Ihren Kummer abnehmen? Die werden sie hier nicht brauchen, sie könnten Sie daran hindern, Ihr Essen bei uns zu genießen“.

Sie zögern, Sorgen und Kummer abzugeben, diese Dinge sind Ihnen so sehr vertraut. Aber das Mädchen sagt, dass sie alles sorgsam aufbewahren und behüten wird, als Sie es über die Garderobentheke reichen. Sie lächelt als sie Ihre Sorgen entgegennimmt und gibt Ihnen eine kleine Quittungsmarke. „Hier ist Ihre Kummerquittung. Zeigen sie den Zettel hier vor, wenn Sie diese Dinge wieder mitnehmen wollen, nachdem Sie bei uns gewesen sind“. Sie erwidern das Lächeln des Mädchens hinter der Theke, fühlen sich nun wohl damit, dass sie Ihre Wertsachen aufbewahrt und freuen sich auf die Erfahrung des Abendessens.

Das lächelnde Gesicht des Maîtres De lädt Sie jetzt ein, ihm zu folgen. Er führt Sie zu Ihrem Lieblingstisch. „Ein gutes Menu beginnt mit einem Lächeln“, sagt er und sein eigenes wunderschönes Lächeln lässt den Tisch, an dem Sie mit Ihren Freunden Platz nehmen, in warmem Licht erstrahlen. Die Energie, die er mit seinem Lächeln geschaffen hat, ist wie eine verzauberte Wolke, die alles und jeden an ihrem Tisch durchdringt. Sie beginnen, sich gegenseitig anzulächeln und diese Energie bleibt, auch nachdem der Maître De gegangen ist.

Bald kommt die Bedienung, grüßt Sie, nimmt Ihre Getränkewünsche entgegen und erklärt Ihnen den Stil dieses Essens: „Hier und heute ist ein ganz besonderer Abend für Sie. Wir sind sehr glücklich, dass Sie hier sind. Wir möchten gern Ihre Zeit bei uns zu einer außergewöhnlichen Erfahrung werden lassen. Unser Küchenchef wird das Menu ganz nach Ihren Wünschen zusammenstellen und zubereiten. Auch der anspruchsvollste Gast wird sehen, dass wir seine Wünsche erfüllen“. Die Energiewolke, die durch den Maître De geschaffen worden ist, beginnt sich

aufzulösen. Im gleichen Augenblick lächelt die Kellnerin und füllt die Energie, die den Tisch einhüllt, wieder auf.

Die Kellnerin überreicht jedem eine Karte. „Lassen Sie mich erklären, wie unser Menu arrangiert ist und dann werde ich Ihnen jede Frage beantworten, die Sie haben. Das Essen besteht aus sieben Gängen. Im ersten Teil der Karte stehen die Appetizer. Das sind sehr leichte kleine Schleckereien, die Ihren Magen aufwecken, so dass Sie die späteren Gänge richtig genießen können. Jeder der drei nächsten Gänge ist zubereitet worden, um den Hauptgang danach richtig zur Geltung zu bringen. Die beiden letzten Gänge schließlich sind leichte, leckere Desserts“.

Nach diesen Erklärungen beginnen Sie die Karte zu studieren, um zu schauen, worauf Sie Lust haben. Während Sie sie durchblättern fährt die Kellnerin fort: „Es gibt viele Spezialitäten, die nicht in der Karte stehen. Bitte erlauben Sie mir, Ihnen davon zu erzählen.“

### **Der Spiegel lächelt nie zuerst**

Wir haben ein besonderes Menu, dessen Vorspeisen Hoffnungen und Träume sind. Diese Vorspeisen sind leicht, luftig und angenehm und machen überhaupt nicht satt. Dabei können Sie jeden beliebigen Traum aus Ihren Fantasien wählen. Danach folgen drei Gänge mit Aufgaben, die Ihnen das Hauptgericht wunderbar schmecken lassen. Der zweite Gang beruht auf Angst und bildet so einen großartigen Kontrast zum letzten Gang der Liebe und auch eine Motivation, die anderen Gänge nicht zurückgehen zu lassen.

Der dritte Gang ist eine schöne Portion Beziehungen, eingelegt in einer Kommunikations-Soße. Der vierte Gang sind Stachelbeeren des Beurteilens, bedeckt mit Blättern aus freiem Willen. Das Hauptgericht ist eine gut gewürzte üppige Platte mit Leidenschaft, die wir auf der Grundlage von Tatkraft gewürzt mit Drama servieren. Die beiden letzten Gänge sind Zufriedenheit und – zum Abschluss – von Tiramisu, diesem köstlichen Dessert aus Venetien bedeckte Liebe. Zwischen den Gängen servieren wir – um den Magen zu reinigen – jeweils eine kleine Kugel von leichtem, übersinnlichem Eis“.

Nachdem Sie nun wissen, welche Art von Gerichten es in diesem Restaurant gibt, studieren Sie die Karte sorgfältiger. Wenn Sie an die große Auswahl und die vielen Möglichkeiten denken, bekommen Sie richtig Appetit.

Kurz darauf wählen Sie Ihre Speisefolge aus und die Bedienung verschwindet in der Küche. Wann immer ein Gang aufgetischt wird, wird Ihnen etwas klar: Wenn Sie nicht ausdrücklich etwas Bestimmtes bestellen, wird Ihnen das serviert, was der Küchenchef in diesem Augenblick gerade zur Hand hat. Was Sie dann bekommen, ist nicht so gut wie die Gänge à la carte. Schließlich weiß jeder, dass Eifersucht und Vertrauen niemals zusammen serviert werden. Sie müssen immer nur selbst auswählen und es der Bedienung sagen. Trotzdem sind viele Leute im Restaurant und einige sogar an Ihrem Tisch, die – weil sie nichts von dem bestellen, was auf der Karte steht – bekommen, was gerade übrig ist. Einigen fällt es schwer sich zu entscheiden und sie nehmen einfach das, was gebracht wird.

Am Ende der Mahlzeit kommen die Kellnerin und der Maître De zurück zu Ihrem Tisch. Während dieses für Sie sehr besonderen Menus sind beide gelegentlich an Ihrem Tisch gewesen und haben die Energiewolke mit ihrem Lächeln wieder aufgefüllt. Nun ist die Mahlzeit vorüber und beide stehen an Ihrem Tisch und danken Ihnen, dass Sie zum Essen hier gewesen sind. Sie greifen in Ihre Tasche, um die Kummer-Quittung herauszuholen, die Sie beim Hereinkommen erhalten haben. Für einen Augenblick schauen Sie erstaunt auf den Zettel, dann knüllen Sie ihn in Ihrer Hand zusammen und lassen ihn auf den Tisch fallen. Sie haben sich entschieden, Ihre Sorgen und Nöte nicht wieder mitzunehmen, weil sie jetzt für Sie keine Bedeutung mehr haben. Ein Essen wie dieses hat Ihre Schwingung verändert. Den Kummer, mit dem Sie hereingekommen sind, brauchen Sie jetzt nicht mehr.

Sie wollen schon nach draußen gehen und werfen noch einen kurzen letzten Blick zurück in das Restaurant. Dort sehen Sie eine andere Gruppe von Gästen an einem Tisch sitzen und auch den Maître De, wie er dabei ist, ihnen das wunderbare Menu zu erklären. Einer am Tisch fragt etwas, was Sie zufällig mitbekommen: „Und was ist, wenn mir ein Gang, den ich bestellt habe, nicht schmeckt?“ Er lächelt breit und sagt: „Wir sind hier, um Sie zu bedienen und wir möchten jedem von Ihnen das nach seinem Geschmack Beste bringen. Deshalb denken Sie bitte immer daran: Wenn Sie nicht mögen, was Sie auf dem Teller haben, suchen Sie einfach etwas anders aus“.

Damit verlassen Sie das Restaurant und gehen zurück zum Ausgangspunkt dieses Ausflugs. Sie spüren ein Lächeln auf Ihrem Gesicht und Zufriedenheit in Ihrem Herzen – als ob Sie gerade von einem wunderbaren Essen kommen. Und so ist es auch...

### **Bestellungen beim himmlischen Großversand**

Mit einer einheitlichen und klaren Ausrichtung von Gedanken, Glaubenssätzen und Sprache geben Sie Ihre „Bestellungen“ auf. Ihr bisheriges Leben und Ihr Umfeld haben Sie mit Ihren Denk- und Handlungsmustern „bestellt“. Sie haben die Umstände des Seins für Ihr eigenes Leben erschaffen und für die Welt miterschaffen. Ihre Möglichkeiten als Schöpfer sind unendlich und nur durch Ihr Denken beschränkt. Was Sie nicht denken, bewirken Sie auch nicht.

Sie können Entscheidungen über die Zukunft an Parteipolitiker abgeben. Sie erleiden dann das Schicksal, das sich für Sie und Ihre Mitbürger aus den Entscheidungen der politischen Klasse ergibt. Aber jeder einzelne weiß selbst am besten, was gut und richtig für ihn ist. Die politischen Parteien und ihre Repräsentanten wissen es nicht. Autovertreter verkaufen Autos, Versicherungsvertreter verkaufen Versicherungen – und Volksvertreter? Bevormundung ist unwürdig. Ein Staatswesen, das nicht über mündige Bürger verfügt, hält sich ein Volk von Sklaven. „Sklaverei“ – lateinisch *servitudo* – heißt abhängig sein von der Willkür eines anderen, dessen Macht über uns wir nicht zugestimmt haben. Menschliche Würde setzt Selbstbestimmung voraus. Selbstbestimmung ist auch der Schlüssel zum Glück.

Es nützt nichts, Bestellungen beim himmlischen Großversand aufzugeben. Wir müssen etwas tun für das, was uns zusteht und gegen das, was uns missfällt. Jeder von uns hat die Schöpferkraft, diesen Planeten in einen Ort zu verwandeln, wo alle Menschen würdig leben können. Jeder hat die Macht, seine Mitmenschen dabei zu unterstützen, rücksichtsvoll und kultiviert zu sein. Viele

glauben, dass Demokratie sich in dem Satz „Mehrheit gilt!“ erschöpft. Das ist nicht richtig. Demokratie ist vor allem ein System von Werten.

1. Der erste Grundwert ist, dass niemand staatlichen Willen als obrigkeitlich akzeptieren muss, dass er sich also auch gegen den Staat wehren kann.
2. Der zweite Grundwert ist, dass jeder nach seinen Fähigkeiten und seinem Willen leben kann, sofern er das entsprechende Recht anderer Bürger nicht verletzt.
3. Der dritte Grundwert ist, dass der Staat nur dort tätig werden darf, wo ihm die vom Volk beschlossene Verfassung Zuständigkeiten einräumt.

### **Eine Postdemokratie?**

In vielen Demokratien wird die Beherrschung der Mehrheits-Mechaniken für alle möglichen Zwecke missbraucht. Hier heiligt nicht der Zweck die Mittel, sondern die Mittel heiligen einen Zweck. Unsere Zivilisation treibt auf einem Titanic-Kurs dem Untergang zu. Klimakrisen, politisches Durcheinander, Aufruhr – das alles sind Botschaften, die uns warnen. Wer steuert diesen Kurs – Politiker, Vertreter machtvoller privater Interessen oder das Volk? Unüberbrückbare Unvereinbarkeiten und Gräben stören das soziale und politische Klima. Eigenständig denkende Menschen bedrohen die Macht der Parteien und Interessengruppen, werden deshalb kollektivem Druck ausgesetzt und mundtot gemacht.

„Erfolgreich ist nur, wer seine Handlungsweise mit dem Zeitgeist in Einklang bringt“, schreibt Niccoló Maciavelli vor 500 Jahren. Wir brauchen einen Neuanfang, auch wenn es Gegenwind gibt. Kräftiger Wind schadet nicht. Wir sollten einfach Kurs halten und in eine bessere Welt aufbrechen. Der Zeitgeist verlangt jetzt nach Mitverantwortung der Bürger. „Ver-antwort-ung“ heißt, dass wir die Antworten auf die Fragen des Lebens selbst finden, dass wir Herausforderungen annehmen. Es ist keine Last, sondern eine Folge von Freiheit und Integrität. Mitverantwortete Autorität der Bürger bedarf einer grundlegenden Änderung unserer Rechtsordnung. Wenn der Neuanfang gelingt, wird unsere Zeitepoche in den Geschichtsbüchern einmal einen besonderen Namen bekommen. Ob dies der von Colin Crouchs 2008 geprägte Begriff „Postdemokratie“<sup>1</sup> ist, wird sich zeigen.

Die Selbstbestimmung des Volkes muss „unten“ beginnen (bei den Bürgern in der Gemeinde) und dann stufenweise nach „oben“ (auf die staatliche und die überstaatlichen Ebenen) fortgesetzt werden. Eigentlich ist ja „unten“ oben, die Bürger sind der oberste Souverän – deshalb die Führungszeichen. In den Gemeinden können sich Initiativen bilden, welche die repräsentative Vertretung der Bürger im Gemeinderat durch eine Mitentscheidung bei konkreten Vorhaben und Projekten ergänzen. So wird das Potenzial der Einwohner der Gemeinde aktiviert. Die Mitwirkung an Entscheidungen fördert die Identifikation mit den getroffenen Maßnahmen und auch mit der Gemeinde.

In einer Kommune kann es sinnvoll sein, sich in einem Bürgerentscheid zuerst über das „Ob“ eines Vorhabens zu einigen. Danach kann dann in einem dialogorientierten Beteiligungsprozess das „Wie“ erarbeitet werden. Ein Beispiel aus München war der Bau der Allianzarena. Das planende

Architekturbüro hat den Bürgerentscheid gefordert. Über den Bau ist entschieden worden, bevor mit der Planung überhaupt begonnen wurde.

Kingersheim, eine Kleinstadt mit 18.000 Einwohnern im südlichen Elsass, ist ein Vorbild für Bürgerbeteiligung in Frankreich. Es ist ein institutionell gestalteter Prozess, den die Einwohner *démocratie constructionnelle* (konstituierende Demokratie) getauft haben: Regelmäßig finden Bürgerkonferenzen statt, wo Bürger und Kommunalpolitiker ergebnisoffen und konstruktiv zusammenwirken. Wird auf einer solchen Versammlung festgelegt, dass ein eingebrachtes Projekt umgesetzt werden soll, bilden Experten, per Los ausgewählte Bürger und Vertreter der Initiative, die das Projekt vorgeschlagen hat, einen „partizipativen Rat“. Hier wird diskutiert, verhandelt und unter Anleitung des zuständigen Beigeordneten eine Beschlussvorlage für den Rat der Stadt erarbeitet. Als verfassungsmäßiges Organ der Französischen Republik muss dieser Rat die Vorlage formal beschließen. Trotz dieses gesetzlich vorgeschriebenen formalen Akts sind die gewählten Repräsentanten nicht mehr die Entscheider, sondern die Moderatoren. Sie geben nicht die Antworten, sondern arbeiten die Fragen heraus.

Joseph Spiegel, Jahrzehnte lang Bürgermeister der Kleinstadt, beschreibt die Voraussetzungen dieser Form der Mitbestimmung in der Gemeinde:

1. Es braucht eine Kultur der Empörung, des Widerstands, der Gegenmacht. Politiker mokieren sich gern über Wutbürger. Diese decken aber Missstände auf.
2. Es braucht eine Utopie, eine Vision, einen Traum von der Zukunft. Politiker, die utopische Dinge nicht mehr denken können, sind nur noch Verwalter des Alltags.
3. Es braucht Engagement, um den Unsinn der Welt durch ein konkretes Zukunftsbild mit den Herzen und der Intelligenz der Betroffenen zu überwinden.
4. Es braucht eine gewisse Demut, eine Mäßigung in den Machtbeziehungen und der Ethik des öffentlichen Handelns – den Mut, langsam und geduldig zu sein.

Auch in Deutschland wird die von Joseph Spiegel beschriebene Kultur in einigen Gemeinden gelebt. Artikel 28 des Grundgesetzes sagt: „(1) ...In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten. (2) Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln... Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen finanzieller Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“

### **Der Prophet Moses und die Europäische Union**

Auf staatlicher Ebene aber sind wir von einer Demut in den Machtbeziehungen und Ethik des öffentlichen Handelns, von der Joseph Spiegel spricht, weit entfernt. Nur 17 Prozent der Deutschen vertrauen noch den politischen Parteien, die dafür verantwortlich sind.<sup>2</sup> Die Politikverdrossenheit entwickelt sich zu einer Politikverachtung. Die gesetzliche Regelungswut gängelt uns umfassend und entmündigt uns systematisch.

Der Prophet Moses erlässt mit den 275 Worten seiner zehn Geboten Vorschriften für sämtliche Lebensbereiche. Heute zementiert ein Paragraphenschwungel das System und macht es unbeweglich. Mehr als 6.000 Bundesgesetze und Verordnungen, deren Worte sich nicht mehr zählen lassen, regeln das Leben in Deutschland. Dazu kommen noch Gesetze und Verordnungen der Bundesländer und das etwa 200.000 Seiten starke Regelwerk der Europäischen Union. Ja, es ist eine Scherzfrage: Kennen Sie das alles? Weil es unmöglich ist, alle Gesetze zu befolgen, brechen wir viele von ihnen vermutlich regelmäßig.

Wenn wir ein Gesetz nicht befolgen und deshalb verklagt werden, haben wir keinen Einfluss auf die Rechtsprechung. Die Institutionen der Gerichtsbarkeit werden nicht demokratisch besetzt. Von ihnen ist das Volk ausgeschlossen. Glauben Sie, dass es einen Rechtsanwalt gibt, der durch diese gewaltige Gesetzes- und Regelungsflut noch durchsteigt? Welche Seite hat bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung wohl die größere Erfolgschance? Wahrscheinlich doch die Partei, die mehr und besseren juristischen Sachverstand einkaufen kann.

Glauben Sie, dass die gewählten Abgeordneten sich in diesem Irrgarten noch orientieren können? Nun, es gibt so genannte „Spin Doctors“ und „Public Affairs Manager“, die den Abgeordneten Orientierung bieten. Auf höchstem Niveau beraten sie – wahrscheinlich im Auftrag von Mächtigen, die andere Interessen haben als die Wähler. Sie können die Abgeordneten für die eigenen Belange einsetzen, darauf gründen sie ihre Macht.

Vorbild des bürgerlichen Rechts im kontinentalen Europa ist das römische Recht. Es orientiert sich an Gesetzen. Das britische Recht stützt sich dagegen auf gerichtlich entschiedene Präzedenzfälle. Dies führt in den nordamerikanischen Kolonien Großbritanniens zum Geschworenen-Prozess und einer gewissen Unabhängigkeit von Richtern, welche die Kolonialherren eingesetzt haben. Im Grunde aber entscheidet eine Jury von zwölf Geschworenen lediglich, wer den besseren Rechtsanwalt hat – wohl kaum ein Vorbild für eine Neugestaltung der Gerichtsbarkeit. Die hohe Anwaltsdichte in den USA ist erschreckend: Auf 100.000 Einwohner kommen dort ca. 300 Anwälte, in Europa etwa 100 und in Japan 11 – Ausdruck einer auf Konsens ausgerichteten Gesellschaft.

Der römischen Kaiser Justinian I beauftragt zehn Rechtsexperten mit der Modernisierung des Rechts. Leiter dieser Gruppe ist Flavius Tribonian, der bedeutendste Jurist des Kaisers und letzte große Rechtsgelehrte der Antike. Der erste Teil des so geschaffenen *Corpus Juris Civilis* mit den Gesetzen des Reiches wird im Jahre 529 eingeführt. Das Gesetzeswerk ist rational, präzise und umfassend. Es gilt fast ein Jahrtausend. Sein Einfluss auf die Entwicklung der europäischen Nationalstaaten ist wohl nur mit der Bedeutung der Bibel für die europäische Kultur vergleichbar.

Heute brauchen wir eine vergleichbare Initiative, die unser Recht entschlackt, transparent gestaltet und jedem Bürger zugänglich macht. Die Vorarbeit ist im Rahmen eines umfassenden Forschungsprojekts zu leisten – zum Beispiel durch ein Institut der Max-Planck-Gesellschaft. Ein solches Institut soll dem Bundeskanzleramt zugeordnet sein und befristet bis zur Erledigung seines Auftrags errichtet werden.

## Ein Bundespräsident mit gelber Weste?

Nach dem Grundgesetz schlägt der Bundespräsident dem Bundestag den Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vor. Das Parlament kann diesen Vorschlag annehmen oder ablehnen. Erst nach einer Ablehnung geht die Verantwortung für die Aufstellung der Kandidaten auf die Fraktionen über. Die gängige Praxis ist allerdings anders: Die Mehrheitsparteien nennen dem Bundespräsidenten ihren Kandidaten und dieser schlägt ihn dann dem Bundestag vor. Diese Praxis reduziert den Bundespräsidenten auf eine Botenfunktion. Das Grundgesetz hingegen will ihn als eine über den Parteien stehende, neutrale politische Macht.

Die deutsche Praxis der Koalitionsbildung macht aus den Mehrheitsfraktionen im Bundestag ein Verteidigungsbündnis der Regierung. Über 50 Koalitionsabgeordnete sind gleichzeitig Staatssekretär oder Minister und genießen – wie im Schlaraffenland – eine doppelte Vergütung und auch noch steuerfreie Privilegien. Die Parteiklüngel zementieren die Herrschaftsstrukturen, demoralisieren den öffentlichen Dienst und blockieren notwendige Änderungen. Politik ist zur Methode verkommen, die vorgegebenen Strukturen zum eigenen Vorteil auszunutzen. Den Bürgern wird die Mitsprache versagt, sie gelten als unmündig. Selbst der Bundespräsident ist lediglich der höchstbezahlte Bote des Landes. Dies passt nicht mehr auf die sich rasch ändernde Welt von heute.

Eine neutrale politische Macht könnte in Deutschland Prozesse anstoßen, die sozial verträgliche Strukturen neu entstehen lassen. In Frankreich kommt dieser Anstoß von der Bewegung der *gilets jaunes*, der „gelben Westen“. Jaceline Mourand aus der Bretagne hat sie mit einem harmlosen Facebook-Eintrag ausgelöst: „Was wird aus Frankreich? Wer die Schnauze voll hat und schweigt, macht sich zum Komplizen. Jeder kann dem Präsidenten einen kleinen Hinweis geben.“ 6,1 Millionen Mal wurde dieser Aufruf am 18. Oktober 2018 angeklickt. Der einfachen Forderung, die Benzinsteuern nicht zu erhöhen, konnten viele zustimmen. Frau Mourand legte als Zeichen des Protests eine gelbe Weste an die Heckscheibe ihres Autos. Jüngere zogen diese Westen dann an und blockierten zu Hunderttausenden die Straßen. Mit den gelben Westen entstand spontan eine mächtige Bewegung und forderte den Präsidenten heraus.

Im Gegensatz zu Frankreich ist Deutschland ein Land unbegrenzter Zumutbarkeiten. Über die Intensität des revolutionären Geschehens im Nachbarland schweigen sich die deutschen Medien aus. Offenbar haben die Deutschen kein revolutionäres Gen. Aber es könnte auch anders funktionieren: Nach einer Bundestagswahl lehnen Bürger die Regierungsbildung durch Parteiklüngel ab. Sie fordern ein Ende der Addition opportunistischer Möglichkeiten. Sie erwarten vom Bundespräsidenten, die Regierungsbildung einer unabhängigen Persönlichkeit mit Autorität anzuvertrauen. Machtvolle Demonstrationen mit gelben Westen vor dem Bundespräsidialamt verleihen dieser Erwartung Nachdruck und ermöglichen dem Präsidenten, ein Experiment zu wagen. Um zu zeigen, dass er nicht nur Bote ist, legt er vielleicht sogar selbst eine gelbe Weste in das Heckfenster seines Autos.

Das Parlament wird sich dann mit den Konzepten und personellen Vorschlägen einer Persönlichkeit mit selbständiger und unabhängiger Autorität auseinandersetzen müssen. Es ist ein

Prozess, der Demokratie in etwas umbaut, das nicht von oben übergestülpt wird, wie es nach dem zweiten Weltkrieg auf Veranlassung der Besatzungsmächte geschehen ist. Dieser Prozess birgt die Chance, dass eine neue Demokratie in Deutschland von unten wächst. Mündige Bürger üben sich in mitverantworteter Autorität. Sie verlangen mündige Politiker, die sich nicht von der Presse und den Demoskopen treiben lassen. So bekommen wir reife Bürger und reife Politiker, die wissen, was sie wollen und auf welchen Fundamenten sie stehen.

### Der Dämon des Parlaments

Wir kommen nicht als Bürger auf die Welt. Unsere Erfahrungen im Laufe des Lebens machen uns zu Bürgern. Von klein auf treffen wir immer wieder Entscheidungen und müssen dann mit den Konsequenzen leben. In vielen Bereichen müssen wir auch mit den Folgen von Entscheidungen leben, die andere getroffen haben. Jeder muss mit den Konsequenzen politischer Entscheidungen leben – wir können auch sagen: Er muss sie ausbaden. Wenn Bürger Anregungen, Kritik oder Ideen vorbringen, bleibt es im Belieben von Politik und Verwaltung, ob sie aufgenommen werden.

Die Menschenwürde verlangt danach, selbstbestimmt zu leben. Artikel 20 des Grundgesetzes sagt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Das Volk steht damit als einziges Organ über den anderen Verfassungsorganen. Sie alle haben zu schweigen, wenn der Souverän selbst spricht. Obwohl der Souverän noch nicht über eine Verfassung abgestimmt hat, haben Regierungen und politische Parteien grundgesetzwidrige Übertragungen der Souveränität an Organe der Europäischen Union vollzogen. Damit ist Deutschland nicht mehr demokratisch verfasst.

Wenn die Bürger eine Sachfrage unmittelbar selbst entscheiden, nennen wir das „direkte Demokratie“. Das Volk kann dem Parlament Themen vorgeben, Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat korrigieren, über Gesetze abstimmen – also das erste und das letzte Wort haben. Wenn es das tun kann, ist es tatsächlich der Souverän.

Eine vernünftig ausgestaltete direkte Demokratie versachlicht die Debatten, weil die gefühlte Ohnmacht der Menschen schwindet. Deshalb soll jeder, der dies will, über die Instrumente einer direkten Demokratie an konkreten Entscheidungen beteiligt werden.

In manchen romanischen Ländern gibt es einen „Kassationshof“, der ein Gesetz aufheben kann. Dies sind Gerichtshöfe mit ähnlichen Befugnissen wie das deutsche Bundesverfassungsgericht. Die italienische Verfassung kennt in Artikel 75 den negativen Volksentscheid<sup>3</sup> – keine Gesetzgebung durch das Volk, sondern ein „Volksveto“ Das Volk kann ein vom Parlament beschlossenes Gesetz aufheben. Die Italiener haben sich mehrheitlich gegen neue Atomkraftwerke und gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung ausgesprochen. Sie haben die zugunsten ihres früheren Regierungschefs Silvio Berlusconi vom Parlament verabschiedete „Lex Berlusconi“ zurückgewiesen. Jetzt müssen auch Regierungsmitglieder vor Gericht erscheinen. Bis 2015 hat es in Italien 70 solcher Referenden gegeben.

Diese in der Verfassung Italiens verankerte Bedeutung der Negation, des Nein-Sagens, können wir bis auf Sokrates' innere Stimme – sein Gewissen – zurückführen, die er als seinen „Dämon“ bezeichnet. Dämonen sind übermächtige Wesen, deren Kräfte menschliche Möglichkeiten übersteigen. Sokrates' Dämon sagt ihm nie, was er tun soll – das ist immer seine eigene



Entscheidung – er warnt ihn immer nur davor, etwas Bestimmtes zu tun. Ein Volksveto – ein Referendum – macht das Volk zum Gewissen, zum „Dämon“ des Parlaments. Gesetze, die das Parlament beschließt, kommen auf den Prüfstand einer möglichen Ablehnung durch den Dämon des Parlaments – das Volk.

Vorbild für eine die parlamentarische Demokratie ergänzende direkte Demokratie ist die Schweiz. Hier erleben sich die Bürger sich als Teil des politischen Prozesses. Entscheidungen, die partizipatorisch vorbereitet und gefällt werden, werden stärker akzeptiert. Wer gefragt wird, wendet sich nicht ab. Weil die Schweiz kein Mitglied der Europäischen Union ist, haben ihre Erfahrungen und Anregungen die anderen europäischen Staaten nicht veranlasst, ähnliche Regelungen zu erproben.

Die Schweizer entscheiden auch über den Einsatz ihrer eigenen Steuergelder. Deshalb gehen die öffentlichen Ausgaben zurück, die Verschuldung sinkt und kaum ein Schweizer versucht, Steuern zu hinterziehen. Volksabstimmungen haben die Armee der Schweiz fast auf die Hälfte reduziert, ein Gentechnik-Verbot in der Landwirtschaft durchgesetzt, homosexuelle und lesbische Lebenspartnerschaften ermöglicht und ein Rentensystem eingeführt, das dem deutschen weit überlegen ist und nicht viele Generationen mit Altersarmut bedroht.<sup>4</sup> Deutschland ist das einzige Land in Europa, das auf Bundesebene noch nie einen Volksentscheid durchgeführt hat.

### **Der Kampf gegen Atomwaffen**

Initiativen durch das Volk haben die Parteien bisher meist niedergebügelt. 1950 bereitet Bundeskanzler Konrad Adenauer die Wiederbewaffnung Westdeutschlands vor. Aus Protest hiergegen tritt Innenminister Dr. theol. Dr. jur. Gustav Heinemann – der spätere Bundespräsident – zurück. Er hat die CDU mitgegründet. 1954 unterzeichnen die drei Westalliierten Frankreich, Großbritannien, die USA und die Bundesrepublik Deutschland die „Pariser Verträge“ welche die Wiederbewaffnung ermöglichen. Landesweit kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen und Protesten.

1955 verabschiedet die „Paulskirchenbewegung“ in Frankfurt a. M. das „Deutsche Manifest“ gegen die Pariser Verträge. Nach dem Willen von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß soll die Bundeswehr Trägersysteme für amerikanische Nuklearsprengköpfe erhalten. Dagegen protestiert 1957 in ihrem „Göttinger Manifest“ eine Gruppe angesehener deutscher Atomphysiker, unter ihnen die Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born und Werner Heisenberg. Die vom Präsidenten des Evangelischen Kirchentags Martin Niemöller gestartete Kampagne „Kampf dem Atomtod“ führt zu riesigen Demonstrationen im ganzen Land. 1958 beschließt der Bundestag, die Bundeswehr mit Trägersystemen für Nuklearwaffen auszurüsten.

1978 wird ein Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum gesucht. Nicht Geologen, sondern Politiker entscheiden sich für einen Standort im dünn besiedelten östlichen Niedersachsen, der von drei Seiten von der innerdeutschen Staatsgrenze eingezäunt ist. Über dem Salzstock Gorleben soll eine Wiederaufbereitungsanlage für hochradioaktive abgebrannte Brennelemente, ein Zwischenlager, eine Brennelementefabrik und tief unten im Salzstock Gorleben ein atomares Endlager entstehen. Die Geologie des Salzstocks ist nicht optimal. Der Salzstock hat Kontakt zu

wasserführenden Schichten. Eine von Experten geforderte durchgehende Tonschicht gibt es nicht. Aber bei einem Störfall wird der Westwind die Radioaktivität wohl in den Osten wehen. Das kümmert die Repräsentanten der Bonner Republik wenig.

Protestler bauen ein Hüttendorf über der Stelle, wo die Tiefbohrung vorgesehen ist. Ihr Slogan ist: „Wiederaufforsten statt Wiederaufbereiten“. Die Bundesregierung zahlt Niedersachsen für Polizeieinsätze zum Schutz des Bauprojekts zunächst 200 Millionen DM. 1980 kreisen Polizeihubschrauber über dem Hüttendorf. 2.000 Atomkraftgegner sind am Boden versammelt und von 4.000 Polizisten umstellt, die sie wegtragen, wegschleifen und in Gewahrsam nehmen. Bulldozer walzen das Hüttendorf platt und auch den zehn Meter hohen Turm in der Dorfmitte.

Nach dieser brutalen Räumung rücken die Menschen in der Region enger zusammen. Nicht mehr nur die aus Hamburg und Berlin zugereisten linksökologischen Gruppen stellen sich gegen die Atompläne in Gorleben. Auch alteingesessene Landwirte, Pfarrer, Lehrer, Gewerkschafter, Anwälte und fast alle Adelsfamilien aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg schließen sich dem Widerstand an. Viele von ihnen werden vom Verfassungsschutz observiert, klagen gegen Demonstrationsverbote, lassen Übergriffe der Polizei von Gerichten überprüfen und erreichen nach einigen Jahren, dass der gesamte Strombedarf des Landkreises mit regenerativen Energien gedeckt wird.

Prominentester Widerständler ist Graf Andreas von Bernstorff, 35, Nachkomme des preußischen Außenministers Albrecht Graf von Bernstorff. Ihm gehören die dichten Wälder der Gegend und die Abbaurechte am Salz darunter. Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht – Vater der späteren Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen – bietet ihm 30 Millionen D-Mark für den Salzstock. Der Graf lehnt ab und sagt: „Ich bin zutiefst erschüttert, dass eine der schönsten Gegenden in Deutschland zum Ruhrgebiet der Atomindustrie werden soll, zur Schuttgrube der gefährlichsten Abfälle unserer Zivilisation“. Er gewinnt weitere Adelsfamilien aus der Region für das Engagement gegen die Atompläne.

Die Wiederaufbereitung atomaren Mülls ist kein Recycling. Ziel ist die Gewinnung hochgiftigen, waffentauglichen Plutoniums. Die Technologie ist der Schlüssel für den Bau von Atomwaffen. Deutschland bringt die Hälfte der ausgedienten Brennelemente in die beiden französischen Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague. Damit baut Frankreich seine Nuklearstreitmacht aus. In Gorleben demonstrieren bis zu 8.000 Menschen gegen die Pläne der Regierung in ihrer Region. Die Atomindustrie und der Staat bieten dem 600 Einwohner-Dorf Gorleben und der Region Strukturhilfen und „Akzeptanzgelder“ in Höhe von mehreren hundert Millionen D-Mark.

Um die Situation zu befrieden verordnet die Bundesregierung ein zehnjähriges Moratorium. Ein „Arbeitskreis Endlager“ soll verschiedene Standorte transparent und ergebnisoffen vergleichen. Die Aktivisten aus der Region empfinden den Arbeitskreis als Alibi-Veranstaltung. Mit einem „Erkundungsbergwerk“ wird die Geologie des Salzstocks Gorleben auf seine Eignung als Endlager überprüft. 1999 soll das Endlager seinen Betrieb aufnehmen. 1,5 Milliarden Euro werden investiert, aber seit 2006 werden keine neuen Stollen mehr ins Salz gesprengt.

2013 beschließt der Bundestag ein „Endlagersuchgesetz“, das die Suche nach anderen möglichen Lagern für Atommüll ebnet. 2016 werden die Untersuchungen in Gorleben abgebrochen. Das Erkundungsbergwerk wird zurückgebaut und eingemottet. Noch immer stehen am Eingang des Bergwerks zwei Wachleute, ebenso gegenüber auf dem Bernstorffschen Grund. Dort ist als Mahnmal ein altes Schiff der Umweltorganisation Greenpeace aufgestellt. Dieses nach dem weißen Gründelwal in arktischen Meeren „Beluga“ benannte Schiff wird 2013 zerlegt, nach Gorleben gebracht und steht jetzt dort als Mahnmal gegen Kernwaffentests und gegen den Walfang.

### **Das Bundesverfassungsgericht schreibt Geschichte**

Ohne schwere Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gelingt es, in Gorleben ein oberirdisches Zwischenlager für 420 Castorbehälter anzulegen und 1995 in Betrieb zu nehmen. Castoren sind Spezialbehälter zur Lagerung und zum Transport hochradioaktiver Materialien, wie abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken oder Abfallprodukte aus der Wiederaufarbeitung. Die Zwischenlagerung ist für 35 Jahre vorgesehen. 2010 sind nur 113 Behälter in Gorleben eingelagert. 2011 werden die Castor-Transporte ins Zwischenlager eingestellt. Jetzt ist es in Gorleben ruhiger geworden. Ob aus der Zwischenlagerung eine oberirdische Endlagerung wird, wenn kein geeignetes Endlager gefunden wird?

Mitte der 1970er Jahre modernisiert die Sowjetunion ihre atomaren Mittelstreckenraketen. 1979 beschließt die NATO Gegenmaßnahmen. In den 1980er Jahren begegnen viele Bundesbürger dem Rüstungswettlauf mit großer Skepsis. Diese Ablehnung lässt eine Massenbewegung für Frieden entstehen. Mehrere hunderttausend Menschen beteiligen sich an Großkundgebungen im Bonner Hofgarten, städteübergreifenden Menschenketten und Protestaktionen an den geplanten Raketenstützpunkten. Die Proteste nützen nichts. 1983 billigt der Deutsche Bundestag die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise-Missile-Marschflugkörpern auf westdeutschem Territorium. Cruise-Missiles sind unbemannte militärische Lenkflugkörper, die einen Sprengkopf selbständig ins Ziel steuern.

In den 1980er Jahren geht es der 5.000-Einwohner-Gemeinde Wackersdorf in Bayern finanziell schlecht. Gemeinsam mit dem bayerischen Umweltminister beschließt der Landrat den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage, einer Brennelementefabrik und großer Lagerhallen für Atommüll. 1988 liegen 880.000 Einsprüche dagegen vor. An diesem Widerstand scheitert das Projekt. 1989 werden die Bauarbeiten eingestellt.

1972 beschließt die Siemens-Tochtergesellschaft Kraftwerk Union AG in Brokdorf nordwestlich von Hamburg ein Atomkraftwerk zu bauen. Dagegen formiert sich breiter Widerstand. 1976 kommt es zu einer Großdemonstration mit 30.000 Teilnehmern zu Gefechten zwischen Polizei und Demonstranten. Immer wieder verfügen Gerichte Baustopps und heben sie wieder auf. Für Februar 1981 kündigen Atomkraftgegner eine Großdemonstration an, die der Landrat des Kreises Steinburg verbietet. 10.000 Polizeibeamte sichern das Baugelände. Die Polizei sperrt Zufahrtstraßen und die Autobahn. 35.000 Demonstranten gelingt es, zum bewachten Bauzaun durchzukommen. Am Bauzaun kommt es zu Gewaltszenen.

Die Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit des Verbots der Demonstration in Brokdorf geht bis vor das Bundesverfassungsgericht. 1985 erklärt das Gericht das Verbot für unzulässig. In einem Aufsehen erregenden Urteil gibt das Gericht Verwaltungs- und Polizeibehörden Regeln zum Umgang mit Demonstrationen vor: Demonstrationen sind ein von der Verfassung geschütztes Grundrecht der Bürger, das nicht behindert werden darf. Versammlungsfreiheit lässt die Bürger aktiv am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess teilnehmen. Sie ist deshalb ein unentbehrliches Funktionselement der Demokratie. Auch wenn mit Ausschreitungen zu rechnen ist, bleibt der Schutz der Versammlungsfreiheit für friedliche Demonstranten erhalten.<sup>5</sup>

## Volksgesetzgebung

Die Herbstrevolution 1989 in der DDR ist ein Ergebnis direkter Demokratie. Ihre Einführung in ganz Deutschland liegt nahe. Nach der deutschen Vereinigung tagt 1990 eine Kommission zur Überarbeitung des Grundgesetzes. 266.319 Eingaben fordern, Elemente zur Volksbefragung einzuführen. Die Politik der CDU/CSU würgt das ab.<sup>6</sup> In den Koalitionsverhandlungen 2013 wird das Thema „Volksentscheid bundesweit“ beraten. Die Einführung direkter Demokratie scheitert am Veto von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Unsere Sprache stellt eine Volksgesetzgebung in ein schräges Licht: Lateinisch *populus* heißt „Volk“. In der Kultur ist „populär“ massentauglich, in der Wissenschaft oberflächlich. „Populistisch“ wird als Banalisierung verstanden, die mit nicht qualifizierten Konzepten die Menschen verführen will. Die sprachliche Wurzel deutet dagegen auf einen Dienst am Volk. In fast allen „demokratischen“ westlichen Staaten dient der Parlamentarismus aber nicht mehr dem Volk, sondern wird von der Finanzwelt zur Marktkonformität gezwungen.

Gern gebrauchte Argumente gegen direkte Demokratie sind:

- Viele Sachverhalte sind für die meisten Menschen zu kompliziert.
- Das Volk neigt zu einfachen, opportunistischen Lösungen.
- Demagogen können populistische Entscheidungen bewirken.

Der ermordete Ministerpräsident Schwedens Olof Palme (1927 – 1986), eine machtvolle Stimme für Abrüstung und Verständigung, entkräftet diese Argumente:

„Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu groß oder zu kompliziert sind, ... Politik ist zugänglich, ist beeinflussbar für jeden...“. Wir brauchen

einen respektvollen Blick auf die Menschen: Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Die direkte Demokratie gibt den Anstoß, komplexe Sachverhalte verständlich darzustellen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

71 Prozent der deutschen Bevölkerung sprechen sich für Volksentscheide aus. Am höchsten sind die Zustimmungswerte bei Anhängern der Linken (85 Prozent), am niedrigsten – aber immer noch hoch – bei den Anhängern der christdemokratischen Parteien (59 Prozent). Grüne und Sozialdemokraten liegen mit 62 bzw. 61 Prozent dazwischen.<sup>7</sup>

In deutschen Bundesländern führt Volksgesetzgebung zur gründlichen Beschäftigung vieler Menschen mit schwierigen, kontroversen Sachverhalten und bewirkt verantwortungsvolle Entscheidungen: Im Frühjahr 2019 fordert ein Volksbegehren in Bayern u. a., strengere Regeln bei der landwirtschaftlichen Düngung zu erlassen, das Naturschutzgesetz zu ändern und den Ökolandbau bis zum Jahre 2030 auf 30 Prozent zu erweitern. Eine Volksabstimmung offenbart, dass die Bevölkerungsmehrheit ein Rauchverbot in Gaststätten wünscht. In Hamburg und Berlin werden nach Volksentscheiden die Energienetze wieder kommunalisiert und die Verwaltungen veranlasst, Verträge zur Privatisierung von öffentlichem Eigentum offenzulegen. In Hamburg sind amtliche Informationen wie Senatsbeschlüsse, Gutachten und Verträge der Stadt ab 100.000 Euro frei im Internet zugänglich.

Eine rein repräsentative Demokratie schränkt die Entscheidungsgewalt der Politik auch über Schicksalsfragen wie z. B. Krieg oder Frieden nicht ein. Sogar der Justiz sind die Hände gebunden. Richter werden in Deutschland auf deutsches Recht vereidigt, unterwerfen sich aber der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Auf die über dem nationalen Recht stehende europäische Rechtssetzung haben unsere Parlamentarier allerdings kaum Einfluss. Auf dem Umweg über europäische Regelungen stellt sich die Politik über die Justiz.

Die Allmacht der Politik wird erst begrenzt, wenn Elemente einer direkten Demokratie das repräsentative System ergänzen. Direktdemokratische Verfahren werden in das repräsentative System eingebettet. Die Bürger entscheiden dann Sachfragen unabhängig von möglichen parteipolitischen Loyalitäten. Bei der Wahl einer Partei stimmen wir einem ganzen Paket von Dingen zu, das Parteifunktionäre zusammengeschnürt haben. Bei einzelnen Sachfragen sind wir vielleicht ganz anderer Meinung als die Partei unserer Wahl.

Direkte Demokratie muss Verfassungsrang haben. Die Einführung erfolgt durch ein Gesetz, das die Vorbereitung und Durchführung von Volksabstimmungen regelt. Der Verein Mehr Demokratie e. V. hat für Deutschland einen Gesetzentwurf für direktdemokratische Instrumente auf Bundesebene erarbeitet.<sup>8</sup> Das Gesetz klärt, in welcher Form die erforderlichen Unterschriften für Volksabstimmungen gesammelt werden und wie die Unterschreibenden ihr aktives Wahlrecht nachweisen.

Auch elektronische Unterschriften sollen ermöglicht werden. Die Datenschutzbelange hierfür müssen sorgfältig geprüft und geplant werden. Elektronische Unterschriften vermeiden es, die Wähler zu einem Gang aufs Amt zu verpflichten. Für Wahlberechtigte, die im Ausland wohnen, wird ein Onlineverfahren eingerichtet, das die jeweilige deutsche Botschaft beaufsichtigt.

Das Gesetz zur Einführung direkter Demokratie errichtet ein unabhängiges „Kontrollorgan der direkten Demokratie“ (KondiDem), das dem Bundespräsidenten verantwortlich ist. Dieses Kontrollorgan betreibt eine Website, auf der die Bürger Ideen und Vorschläge einbringen können. Es gibt keine Themenverbote. Ein Vorschlag ist auch ohne Aussagen zur Kostendeckung zulässig. Nachdem der Vorschlag die ersten Hürden im Prozess der Volksgesetzgebung genommen hat, ermittelt die Verwaltung mögliche Kosten, die sich daraus ergeben.

Sofern erforderlich bearbeitet das KondiDem die eingehenden Vorschläge redaktionell. Es fordert die Bürger dazu auf, eine mögliche Unterstützung durch elektronische Unterschrift zu dokumentieren. Bei Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit eines Vorschlags oder an seiner Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht, können die hierzu befugten Institutionen das Bundesverfassungsgericht anrufen. Das KondiDem kann den Bundespräsidenten um diesen Schritt bitten, wenn es ihm angebracht erscheint.

In einer direkten Demokratie können wir Entscheidungen, die uns betreffen, selbst vorbereiten. Die beiden zentralen Worte dabei sind JA und NEIN. Ein Beispiel: Jeder Haushalt in Deutschland finanziert die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten mit Gebühren, obwohl auch deren Programme mit Werbung verseucht werden. Eine JA-Initiative will den Beitragsservice in Köln (die frühere „Gebühreneinzugszentrale“) abschaffen. Eine NEIN-Initiative blockiert das Gesetz, das die Beitragspflicht begründet.<sup>9</sup>

### Die JA-Initiative

Bürger können einen politischen Vorschlag oder einen Gesetzentwurf präsentieren. Eine JA-Initiative kann alles aufgreifen, was auch Sache des Parlaments ist, wie z. B. die Abschaffung der Gebührenpflicht für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Für eine solche Initiative sind 100.000 Unterschriften zu sammeln. Das KondiDem legt den Vorschlag mit den Unterstützerunterschriften der Bundestagsverwaltung vor. Das Präsidium des Bundestags lässt ihn sodann zeitnah im Parlament behandeln. Im Bundestag hat die Initiative, die die JA-Initiative vorbereitet und die Unterschriften gesammelt hat, bei den Beratungen über ihren Vorschlag Rederecht. Die Initiatoren der JA-Initiative können auf die Diskussion reagieren, Anregungen aufnehmen, Mängel beheben und die Initiative entsprechend anpassen.

Lehnt der Bundestag den Vorschlag ab, können seine Initiatoren oder auch andere Interessierte ein „Volksbegehren“ durchführen. Ein solches Begehren signalisiert der Politik, dass das Thema wichtig ist und Handlungsbedarf besteht. Das Volksbegehren ist eine Zwischenstufe, mit dem Ziel, die JA-Initiative in einer Volksabstimmung durch das Volk entscheiden zu lassen. Für ein Volksbegehren wird die Unterschriftenhürde auf eine Million Unterschriften erhöht. So wird vor einer Volksabstimmung geklärt, ob in der Bevölkerung ausreichend Rückhalt für den Vorschlag vorhanden ist. Wird das Unterschriftenquorum nicht erreicht, fehlt offenbar der notwendige starke Rückhalt.

Wird das Unterschriftenquorum im Volksbegehren erreicht, muss der Vorschlag der JA-Initiative dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Bundestag kann reagieren, einen Alternativvorschlag präsentieren und diesen auch mit zur Abstimmung stellen. Das gleiche kann jede im Bundestag vertretene politische Partei durch ihre Bundestagsfraktion oder durch die Parteiführung tun. Wenn Vertreter einer Partei keinen Fraktionsstatus haben, kann die Führung dieser Partei einen Alternativvorschlag mit zur Abstimmung stellen. Wenn sich Bundestag, Bundesrat und Initiatoren nach einem erfolgreichen Volksbegehren auf einen Kompromiss einigen, wird über diesen gemeinsam mit der ursprünglichen Vorlage in einem Volksentscheid abgestimmt.

Das KondiDem gibt zu jedem Volksentscheid ein Abstimmungsheft mit Für- und Gegenargumenten, Vor- und Nachteilen im gleichen Umfang heraus. Dieses Heft enthält auch detaillierte Informationen und Erläuterungen zum Sachverhalt und vermittelt die Empfehlungen der einzelnen Parlamentsfraktionen und der Regierung. Das Abstimmungsheft wird allen Haushalten zugestellt. In einem Volksentscheid nimmt das Volk die JA-Initiative mit einfacher Mehrheit an oder lehnt sie ab.

Quoren für eine Mindestzustimmung oder Mindestbeteiligung bei Volksentscheiden gibt es nicht. So kann die Nichtbeteiligung an Wahlen nicht missbraucht werden, um einen Volksentscheid zu sabotieren. Die Beteiligung an Volksentscheiden ist naturgemäß niedriger als die Beteiligung an allgemeinen Wahlen. Ein Volksentscheid dreht sich um eine einzelne Sachfrage, für die sich nicht jeder interessiert.

Verfassungsändernde Volksentscheide müssen immer in einem Volksentscheid und zusätzlich von der Mehrheit im Bundesrat – der Länderkammer – befürwortet werden. Übertragungen von Kompetenzen an supranationale Organisationen wie die Europäische Union und andere setzen immer die Genehmigung durch eine Volksabstimmung voraus, ebenso Vorhaben zur Privatisierung öffentlicher Einrichtungen.

Immanuel Kant, Bertrand Russell, Albert Einstein und andere große Denker haben dafür plädiert, dass die Staaten – alle Staaten – auf einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität verzichten.<sup>10</sup> Dabei gehen sie von den europäischen Machtstrukturen im 18., 19. und 20. Jahrhundert aus. Entscheidungen werden von Regenten gefällt – mit oder ohne Rückhalt in einer politischen Partei. Direktdemokratische Entscheidungen schaffen eine neue Situation. Das Volk zu entmündigen wäre eine Einschränkung der Menschenrechte. Das wird keiner dieser Denker erwogen haben. Das Konzept einer direkten Demokratie haben sie einfach noch nicht gekannt. Es ist ein stärkerer Impuls für Verantwortung als es eine mächtige Weltpolizei sein kann.

### Die NEIN-Initiative

Auch wenn die direkte Demokratie ausgebaut ist, beschließt das Parlament die meisten Gesetze, aber die repräsentative Demokratie wird repräsentativer. Die Verantwortung für Entscheidungen der Politik wird dem Volk zurückgegeben. Das Volk kann zu einzelnen Sachverhalten direkt seine Stimme erheben. Bürger, denen ein bestimmter Sachverhalt wichtig ist, werden einbezogen und lösen eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung zu dieser Frage aus. Konzepte und Ideen werden politikfähig, der Trend zur inhaltsleeren politischen Inszenierung wird umgekehrt. Wer mit etwas nicht einverstanden ist, kann sich dann fragen: „Warum habe ich keine NEIN-Initiative gestartet?“

Der Whistleblower (Geheimnisverräter) Martin Luther startet 1517 eine NEIN-Initiative. Er nagelt die Thesen seiner Initiative eigenhändig an die Kirchentüre in Wittenberg. Seine 50. These lautet „Wenn der Papst wüsste, wie die Ablassprediger das Geld eintreiben, ließe er lieber die Peterskirche zu Asche verfallen, als sie mit Haut, Fleisch und Knochen seiner Schafe aufzubauen.“ Danach sagen die Initiatoren NEIN zu den Regeln der Römischen Kirche, spalten sich von ihr ab und bilden eine evangelische Kirche. Hier dürfen die Gläubigen selbst lesen und selbst denken.

1525 – mitten im Bauernkrieg – versammeln sich die Bürger im bayerischen Memmingen hinter einer NEIN-Initiative. Die Obrigkeit der Kirche soll nicht länger den Gemeindepfarrer benennen. Die Gläubigen wollen ihren Pfarrer selbst wählen und ihn, wenn er sich ungebührlich benimmt, auch wieder absetzen können. Die Bauern in Memmingen arbeiten einen Text mit 12 Artikeln aus. Dieser Text gilt als die erste Menschenrechtserklärung in Europa. Die Treffen der Bauern sind die ersten verfassungsgebenden Versammlungen auf deutschen Boden.<sup>11</sup>

Wenn wir an diese Tradition heute anknüpfen wollen, brauchen wir Zeit, um die Entscheidungen des Parlaments zu prüfen. Wollen wir NEIN dazu sagen, muss das möglich sein. Deshalb treten Gesetze des Bundestages erst nach vier Monaten in Kraft. Wird in dieser Zeit ein Volksbegehren gegen das Gesetz gestartet und kommen die dafür erforderlichen eine Million Unterschriften *nicht* zusammen, wird das Gesetz nach diesen vier Monaten gültiges Recht. Wird die NEIN-Initiative von einer Million Wahlberechtigten unterschrieben, wird das Inkrafttreten des Gesetzes zunächst ausgesetzt.

Das KondiDem organisiert dann darüber einen Volksentscheid. Auch hier können das Parlament oder die politischen Parteien Alternativvorschläge einbringen. Für Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids gehen wir von einer Zeit von einem Jahr aus. Je länger Argumente und Alternativen diskutiert werden und die Meinungsbildung beeinflussen, desto fundierter wird entschieden. Eine NEIN-Initiative löst eine gesellschaftliche Debatte aus. Die intensive Auseinandersetzung mit einem Thema kann den „Wind“ in der Öffentlichkeit auch drehen. Das Volk trifft schließlich die endgültige Entscheidung. Bei einer Mehrheit für die NEIN-Initiative tritt das Gesetz nicht in Kraft. Wird eine solche Mehrheit nicht erreicht, wird das Gesetz mit entsprechender Verzögerung gültiges Recht.

Wir haben Erfahrung mit NEIN-Initiativen, allerdings nicht in der Politik, sondern als Konsumenten. Unser Konsumverhalten ist eine permanente Volksabstimmung. Immer wieder erfahren wir von Ölkatastrophen. 1979 explodiert im Golf von Mexiko die Ölplattform Ixtoc I. Über 20 Arbeiter sterben, 1,4 Millionen Tonnen Rohöl fließen ins Meer. 1991 gerät im Hafen von Genua ein Tanker mit 144.000 Tonnen Rohöl in Brand und versinkt. 1995 will der Mineralölkonzern Royal Dutch Shell die ausgediente Ölplattform Brent Spar in der Nordsee versenken.

Die Umweltorganisation Greenpeace organisiert in vielen Ländern Proteste und fordert die Autofahrer auf, nicht mehr an Shell-Tankstellen zu tanken. Der Tankboykott funktioniert, zeigt dem Konzern die Grenzen seiner Macht auf und bewegt ihn zum Einlenken.<sup>12</sup> Die Brent Spar wird in einen norwegischen Fjord geschleppt und dort abgewrackt.

Greenpeace wagt das scheinbar Unmögliche. Die Zeit ist reif für den Widerstand gegen die Ölindustrie. 2019 führen die Ölmultis eine neue Preisstrategie ein, welche die Verbraucher verwirren soll. Mehrfach am Tag werden die Preise herauf- und wieder herunter-, herunter- und wieder heraufgesetzt und das an jeder Tankstelle unterschiedlich. Es kostet viel Zeit und viele gefahrene Kilometer, um hier

einigermaßen ungeschoren davon zu kommen. Die Strategie will eine Volksabstimmung beim Tanken vereiteln. Ob es gelingt, hiergegen eine NEIN-Initiative zu entwickeln?



Natürlich gibt es auch erfolglose NEIN-Initiativen. Elke Koller aus Cochem an der Mosel ist die Initiatorin der jährlichen Ostermärsche gegen Atombomben am Fliegerhorst Büchel in der Eifel. Viele hundert Demonstranten kommen jedes Jahr dorthin. Konkreter Anlass 2019 sind die Vorbereitungen der US-Armee für die Modernisierung der Atomsprenköpfe. Die 20 Jahrzehnte alten Bomben vom Typ B61-4 sollen bis 2021 durch Bomben vom Typ B61-12 mit größerer Zerstörungskraft ersetzt werden. Die Zerstörungskraft der US-amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 ist bescheiden dagegen. Der Fliegerhorst ist ein Bundeswehr-Stützpunkt. Deutsche Tornado-Flugzeuge sollen diese Bomben im Ernstfall abwerfen.<sup>13</sup> Ein Erfolg dieser NEIN-Initiative ist nicht absehbar.

### Demokratie verändert sich

Denken kann in verschiedenen Richtungen kanalisiert werden. In der Politik geht es selten um Einvernehmen, Zusammenhalt und Umgänglichkeit. Meist werden praktische Wege gesucht, um mit gegensätzlichen Positionen oder auch dem Ausbruch von Leidenschaften umzugehen.

Ute Scheub beschreibt wie das gelingt: „Wenn sich in turbulenten Zeiten Betroffene und politisch Verantwortliche auf gleicher Augenhöhe begegnen und einander zuhören, bewirkt das fast immer das Wunder einer konstruktiven Konfliktlösung. ... Gestalten [wir] die Regeln im Vertrauen auf die sozialen Fähigkeiten der Menschen, dann verhalten sich die meisten auf diese Weise, weil sie den Idealen entsprechen wollen... Menschen [sind] als Gestalter zu Höchstleistungen imstande: intellektuell, kulturell, geistig, emotional. Wir sind Ko-Schöpfer, Transformatoren, Prozessoren ... [Unsere] Entscheidungen [sind] in der Tendenz klüger, reflektierter, aufgeklärter, menschenfreundlicher, wohlklingender, ja: schöner.“<sup>14</sup>

Neue Denkgewohnheiten führen zu veränderten Handlungsmustern. Ohne eine Lösung im Großen wird es schwer, lokale oder persönliche Probleme zu bewältigen.

Die Finanzkrise 2011 hat bei vielen zu einem Vertrauensverlust in die bestehenden demokratischen Institutionen bewirkt. Als wichtiger Teil des demokratischen Prozesses hat sich in Irland eine *Citizens' Assembly* (Bürgerversammlung) gebildet. Ein Meinungsforschungsunternehmen wählt 99 Mitglieder zufällig aus. Die Versammlung diskutiert kontroverse politische Themen. Mit der Hilfe von Experten unterbreitet sie dem Parlament oder auch dem Volk Vorschläge zur Abstimmung.

Im diesem ländlichen und katholischen Land hat das Volk dafür gestimmt, dass auch gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe eingehen können, dass das Abtreibungsverbot und der Blasphemie-Paragraf aufgehoben werden. Eine Senkung des Mindestalters für Präsidentschaftskandidaten von 35 auf 21 Jahre ist abgelehnt worden.

Zur Vorbereitung des Referendums über das Recht auf Schwangerschaftsabbruch haben sich 99 Bürger, die sich vorher nicht kannten, in einem Dubliner Hotel versammelt und diskutiert: LKW-Fahrer, Landwirte, Krankenpfleger, Schreibkräfte, Ingenieure, Lehrer, Studenten – Gegner und Befürworter einer möglichen notwendigen Verfassungsänderung. Eine der politisch und ethisch schwierigsten Fragen haben sie von Konfrontation in Richtung Konsens gedreht und der Welt gezeigt, was engagierte Demokraten zustande bringen.

Der gemeinnützige deutsche Verein „Mehr Demokratie e. V.“ setzt sich für direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und Reformen des Wahlrechts in Deutschland und der Europäischen Union ein. 2019 startet er eine Initiative für deutschlandweite Bürgerräte. 160 aus den kommunalen Einwohnermelderegistern zufällig ausgewählte Bürger kommen an zwei Wochenenden in Leipzig zusammen. In Kleingruppen bereiten sie ein Bürgergutachten mit Empfehlungen für die Politik und eine Großveranstaltung in Berlin im November vor.

Demokratie verändert sich. Aber sie steht nicht vor dem Untergang. Impulse der Erneuerung mit dem Wagnis einer Beteiligung aller Bürger verlagert einen Teil der Verantwortung bei Sachfragen von den Parlamenten und Parteien zurück auf die Wähler. Es gilt, neue Wege in der Politik und den politischen Institutionen zu ebnen, den „irischen Mut“ als Vorbild zu nehmen.

Die Winde der Veränderung kündigen sich an und laden uns ein mitzukommen. Die Steinzeit ist nicht zu Ende gegangen, weil die Steine ausgegangen sind. Unsere repräsentative Demokratie wird nicht zu Ende gehen, weil die Parteien ihre Macht verlieren. Wenn der Sturm wütet, können wir offen sein für die Strömungen der Zeit und auf unser Herz hören. Wenn der Schiffbruch des Staates droht, können wir Altes in Liebe gehen lassen, Wertvolles mitnehmen und Neues einladen. Dabei geht es auch um einen Beitrag zu dem überfälligen und notwendigen radikalen Umbau der Europäischen Union.

Deren Entscheidungen betreffen uns elementar. Wenn wir sie nicht selbst treffen können, sind unsere Menschenrechte verletzt. Wenn die Regierung in Berlin oder die Kommission in Brüssel eingreifen, vertreten sie selten die Belange des Volkes, sondern schützen raffinierte turbokapitalistische Methoden. Direkte Demokratie befreit uns aus dieser unwürdigen Situation und führt uns auf einen Weg zum Einklang mit uns selbst, zum Einklang mit unseren Mitmenschen und zum Einklang mit der Natur.

Ihr Wolfgang Berger, August 2019



## Fußnoten

- <sup>1</sup> Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008
- <sup>2</sup> Ergebnis einer repräsentativen Studie des Forsa-Instituts von 2016 im Auftrag des Magazins Stern
- <sup>3</sup> Die Informationen in diesem Absatz verdanke ich Herrn Nils Maxen-McIntire aus Darmstadt
- <sup>4</sup> Claudine Nierth und Ralf-Uwe Beck, Politik braucht Beteiligung – eine Broschüre von Mehr Demokratie e. V. Berlin, 2018, S. 19
- <sup>5</sup> [Leitsätze BVerfGE 69, 315 ff \(Grimm/Kirchhof, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Auflage 1997, S. 46 – 65\)](#)
- <sup>6</sup> lt. Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung
- <sup>7</sup> Nach einer Umfrage der auf politische Meinungs- und Wahlforschung spezialisierten infratest dimap vom November 2016
- <sup>8</sup> abrufbar unter [www.mehr-demokratie.de/gesetzentwurf](http://www.mehr-demokratie.de/gesetzentwurf). Wir folgen hier nicht unbedingt den Detailvorschlägen von Mehr Demokratie, sondern schlagen im hier vorgestellten Kontext plausible erscheinende Lösungen vor.
- <sup>9</sup> Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erklärt am 18. Juli 2018 ([Az. 1 BvR 1675/16 u.a.](#)) die Beitragspflicht als mit der Verfassung vereinbar. Eine direktdemokratische NEIN-Initiative richtet sich gegen die gesetzlichen Grundlagen für diese Entscheidung.
- <sup>10</sup> Diesen Hinweis verdanke ich Gero Jenner: „Die Freiheit, die uns umbringt“, siehe <http://www.gerojenner.com/wp/?p=2891>.
- <sup>11</sup> Nach Ralf-Uwe Beck, dem Sprecher des Bundesvorstands von Mehr Demokratie in mdmagazin (Zeitschrift für Direkte Demokratie) Ausgabe 4.2018/[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de). Ralf-Uwe Beck beruft sich auf Dokumente aus dem deutschen Bauernkrieg, hrsg. Von Werner Lenk, Leipzig 1974.
- <sup>12</sup> Diesen Hinweis verdanke ich Irene M. Klöppel, [www.kloeppeel-beratung.de](http://www.kloeppeel-beratung.de).
- <sup>13</sup> „Amerikanische Atomstrategie: Nuklearwaffen bleiben in Deutschland“, Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 04.02.2018.
- <sup>14</sup> Ute Scheub: „Demokratie – Die Unvollendete“, Ein Buch von Mehr Demokratie e.V., 3. Auflage, München 2018, S. 87, 37, 93f. und 101

## Aktuelle Bücher von Wolfgang Berger

1. „Business Reframing – Humanes Management in Resonanz mit Herz und Hirn“, Springer Gabler, 6. Auflage 2018, ISBN 978-3-658-18914-3.
2. „Anleitung zur Artgerechten Menschenhaltung – Wo Potenziale sich entfalten dürfen, macht Arbeit richtig Spaß“, Kamphausen Media, 3. Auflage 2018, ISBN 978-3-89901-641-3.